

Crisis? What Crisis? Rezension zu "Democracy and Prosperity" von Torben Iversen and David Soskice

Ergen, Timur

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ergen, T. (2019). Crisis? What Crisis? Rezension zu "Democracy and Prosperity" von Torben Iversen and David Soskice. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82609-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

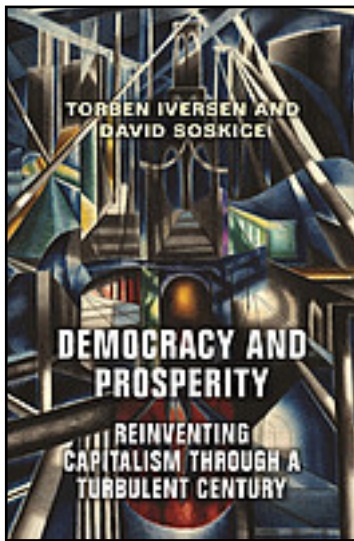
Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Timur Ergen | Rezension | 11.06.2019

Crisis? What Crisis?

Rezension zu „Democracy and Prosperity“ von Torben Iversen and David Soskice



Torben Iversen and David Soskice
Democracy and Prosperity . Reinventing
Capitalism through a Turbulent Century
USA / Großbritannien
Princeton, NJ / Oxford 2019: Princeton
University Press
280 S., EUR 24,64
ISBN 9780691182735

Nicht nur irgendein politikwissenschaftliches Buch

Democracy and Prosperity, die neue Monografie von Torben Iversen und David Soskice, liest sich über weite Strecken wie solide politikwissenschaftliche Hausmannskost. Da gibt es die ein oder andere Regression, Einstellungsdaten aus dem *World Value Survey*, Medianwähler, Parteien- und Regierungsvergleiche, kurze historische Länderstudien aus der OECD-Welt und kunstvolle Theoretentransfers aus der Neuen Institutionenökonomik. Nun, nichts könnte ferner von der Wahrheit sein, als die Behauptung, es handle sich bloß um irgendein politikwissenschaftliches Buch. In einer Zeit, in der die politökonomische Debatte von Titeln wie *Capital in the 21st Century*, *How Democracies Die* und *How Will Capitalism End* getrieben wird, plädieren Iversen und Soskice, zwei Größen der vergleichenden Politischen Ökonomie, für gelassenen Optimismus. Neoliberale Politik und Finanzialisierung? In Wahrheit sachgerechte Maßnahmen zur Entfesselung von *knowledge-based growth*. Wachsende Ungleichheit? Ein Wohlfahrtsstaats-, kein Kapitalismusproblem. Finanz- und Fiskalkrisen? Ergebnisse unzureichender internationaler Koordination. Die Hochkonjunktur des Rechtspopulismus? Primär ein Problem der Bildungs- und

Regionalpolitik. Das lässt die meisten post-2008 sozialisierten Sozialwissenschaftler/innen wohl erst einmal schlucken. Strukturkrise, immanente Widersprüche und allmählicher Verfall? Nein – zwar ist der Demokratische Kapitalismus hier und da ein wenig reparaturbedürftig, aber im Ganzen *alive and well*.

Die ausgiebigen Anschläge an zeitdiagnostische Debatten verdecken, dass *Democracy and Prosperity* eine umfassende Intervention in *die* bestimmende Debatte der Politischen Ökonomie ist. Von Locke über Marx bis Hayek ist die Frage nach Kompatibilität und Wechselspiel zwischen Demokratie und Kapitalismus der zentrale Konfliktstoff der Disziplin. Und Iversen und Soskice verstehen es virtuos, empirische Forschung und theoretische Argumente zu einem Gegenentwurf zu verweben, der den einflussreichen Kapitalismustheorien die Stirn zu bieten versucht. Ihrer Lesart nach sitzen ökonomische Warnungen vor der Bedrohung freier Märkte durch allzu demokratische Demokratien und sozialwissenschaftliche Warnungen vor der Bedrohung von Demokratien durch allzu freie Märkte demselben Fehlschluss auf. Das Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus sei ein historisch zutiefst symbiotisches, kein antagonistisches. Diese großtheoretische Intervention ist allerdings nicht der einzige – vielleicht nicht einmal der zentrale – Beitrag des Buchs. Auf dem Weg macht es Vorschläge zur Ausbesserung einiger oft beanstandeter Defizite der vergleichenden Kapitalismusforschung. So integriert die Abhandlung neuere Wirtschaftsgeografie und vergleichende politische Ökonomie, erneuert die Theorie der *Varieties of Capitalism* um den säkularen Bedeutungsanstieg der Dienstleistungswirtschaft und das Problem der *middle income trap* und verbindet die historische Demokratie-, Wohlfahrtsstaats- und Kapitalismusforschung. Vieles davon hat man auf die ein oder andere Art schon einmal gehört; im Ganzen ist *Democracy and Prosperity* nichtsdestotrotz ein bemerkenswertes Buch – herausfordernd, zuspitzend und produktiv irritierend.

Ein Gleichgewichtsmodell des Demokratischen Kapitalismus

Über das gesamte Buch hinweg untermauern Iversen und Soskice ihr Argument mit der Beobachtung, dass sich *Advanced Capitalist Democracies* historisch außergewöhnlich resilient gezeigt hätten. Seit dem Ersten Weltkrieg seien frühe kapitalistische Demokratien strukturell stabil geblieben – „apart from temporary German and Italian lapses” (S. 4). Die Entwicklung und Plausibilisierung eines theoretischen Modells, das diese Resilienz erklären kann, ist das primäre Ziel von *Democracy and Prosperity*. Für Kenner*innen des Werks der beiden Autoren sollte die Form ihres theoretischen Ansatzes keine Überraschung sein. Iversen und Soskice präsentieren ein Gleichgewichtsmodell, in dem sich aufstiegsinteressierte Wählergruppen, akkumulationsfreudige Unternehmen und

wachstumsorientierte Nationalstaaten wechselseitig in Schach halten (Schaubild 6.1, genannt „The symbiotic relationship“, fasst dieses Modell zusammen, siehe S. 259). Im Kern behaupten die Autoren, nur dank dieser besonderen politisch-ökonomischen Konfiguration sei zu erklären, dass signifikante Teile der Bevölkerung, Nationalstaaten und Unternehmen – mehr oder weniger vorsätzlich – dem Kollektivinteresse einer prosperierenden Wirtschaft sowie robusten Demokratie zuarbeiten. Ohne die Kontrolle durch Nationalstaaten würden Kapitalinteressen zur Stagnation und Absicherung ihrer Pfründe tendieren; ohne aufstiegsinteressierte Wähler würden Regierungen zu wachstumsfeindlichen *predatory states* verkommen; und ohne die Schaffung ausreichender wirtschaftlicher Aufstiegsmöglichkeiten sowie die staatliche Eindämmung ‚militanter‘ Arbeiterbewegungen würden Bevölkerungen die industrielle Entwicklung hemmen. In der Summe klingt das Ganze ein wenig ökonomisch-funktionalistisch, was – um es vorwegzunehmen – so falsch auch nicht ist.

Damit sich dieses Modell plausibel auf die Entwicklung der reichen kapitalistischen Demokratien der letzten 150 Jahre anwenden lässt, müssen Iversen und Soskice eine Reihe verbreiteter Annahmen aus der Politischen Ökonomie revidieren. Ihre recht ausführlichen Gedanken zur (a) Machtverteilung zwischen Kapitalinteressen und Nationalstaaten, (b) zu wirtschaftlichen Wählermotiven, (c) zur wirtschaftspolitischen Motivation von Regierungen und (d) zur staatlichen Konstituierung wirtschaftlicher Entwicklung gehören zu den zweifelsohne einsichtsreichsten Passagen von *Democracy and Prosperity*.

a) Über das gesamte Buch hinweg versuchen die Autoren die Idee als Irrglaube zu entlarven, dass international mobiles Kapital die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates einschränke. Das Gegenteil sei der Fall. Historisch sei die kapitalistische Produktion zunehmend *skill*-intensiver geworden und geografisch geklumpfter aufgetreten. Iversen und Soskice haben große Agglomerationen der neuen Dienstleistungswirtschaft vor Augen wie Boston, London, Hamburg, New York City und die Bay Area. Insoweit kapitalistische Unternehmen auf die Ressourcen dieser neuen Cluster angewiesen seien, sei Kapital alles andere als *footloose*. Und wenn es so ist, dass die Machtbalance zwischen Nationalstaaten und Kapitalinteressen vor allem von den glaubwürdigen Streikdrohungen der letzteren abhängt, dann sollte politisches Handeln generell als „democratic choice of autonomous governments“ interpretiert werden (S. 156). In seiner Radikalität wirkt dieser Schluss angesichts der Bibliotheken füllenden Forschung über den Einfluss von Kapitalinteressen auf die Politik einigermaßen absurd. Er wirft aber die spannende Frage auf, ob und wann die Neigung zur geografischen Klumpenbildung neuer wissensintensiver Industrien Regierungen einen unerwarteten Raum für politisches Handeln gegen

Unternehmensinteressen eröffnet. Man denke etwa an die gerade erst enthüllten, überaus verblüffenden Fähigkeiten des US-amerikanischen Staats, große Technologiekonzerne für seine Sicherheitspolitik einzuspannen.

b) Ebenso bestimmt wenden sich Iversen und Soskice gegen die Annahme, wirtschaftliche Wahlmotive seien kurzfristig materiell bestimmt und entstünden unmittelbar aus der strukturellen wirtschaftlichen Position der jeweiligen Wähler. Stattdessen würden signifikante Wählergruppen diejenigen Parteien mit ihrer Stimme belohnen, die den Ruf haben, kompetente Förderer der *advanced sectors* einer Volkswirtschaft zu sein. Gründe dafür sind den Autoren zufolge persönliche und familiäre Aspirationsdynamiken, zudem sei ein gutes Stück langfristiger Rationalität im Spiel. Die Aufnahme sinnbasierter Kategorien – wie Erwartungen, Reputation, Kompetenzzuschreibungen und Aspirationen – in ökonomische Modelle demokratischer Wahlen ist lehrreich und anregend. In Teilen scheinen Iversen und Soskice den Begriff der rationalen Wahlentscheidung jedoch überzustrapazieren. Was ihre Meditationen zur Natur des *economic voting* veranlasst, ist die Ambition, die neoliberale Reformwelle der 1980er- und 1990er-Jahre mit einem Medianwählermodell in Einklang bringen zu wollen – Thatcher handelte demnach im Auftrag von, nicht im Widerspruch zu den aufgeklärten Interessen demokratischer Mehrheiten (S. 167–171). Bedenkt man, wie viele verhaltenswissenschaftliche Haken die Autoren schlagen müssen, um Modell und Wirklichkeit überein zu bringen, stellt sich die Frage, ob nicht ein alternatives Modell der repräsentativen Demokratie der einfachere Weg gewesen wäre – selbst wenn er Abstriche bei der Sparsamkeit und Eleganz des Modells mit sich gebracht hätte.

c) Ein ähnlich langfristig-rationales Kalkül sehen Iversen und Soskice in der Entstehung wirtschaftspolitischer *Policies* am Werk. Gegen die verbreitete ökonomische Annahme, dass Regierungen kurzfristige Stimmenmaximierer seien und demokratische Regierungen folglich tendenziell ‚unverantwortlich‘ agierten, wenden sie ein, dass Parteien durchaus über Wahlzyklen hinweg ihre Reputation für eine kompetente Wirtschaftspolitik zu stärken suchen. Der Einwand hilft den Autoren zu erklären, weshalb selbstinteressierte politische Akteure Reformen durchsetzen sollten, die im langfristigen Interesse wirtschaftlicher Entwicklung sind. Was die Autoren hier im Sinn haben, ist ein ganzes Bündel von Reforminitiativen: die massive Ausweitung tertiärer Bildungsförderung seit den 1960er-Jahren, die marktschaffenden Reformen im Finanzsektor, die Abwicklung ‚alter‘ Industrien und die Reduzierung internationaler Handelsbarrieren, das heißt, den üblichen Kanon ‚verantwortlicher Wirtschaftspolitik‘. Auch diese Erweiterung von Modellen demokratischer Politik ist gespickt mit interessanten Beobachtungen und Einsichten.

Dennoch stellt sich wieder die Frage, ob das ursprüngliche Erklärungsproblem nicht von einem unterkomplexen Ausgangsmodell repräsentativer Demokratie ausgeht, statt von der Ausgestaltung der Verhaltensannahmen *im* Modell. Offenbar kämpfen Iversen und Soskice an zwei Fronten, um den Anschluss an zwei heterogene Literaturbestände herzustellen, an einen ökonomischen und einen sozialwissenschaftlichen.

d) Zuletzt entlarvt *Democracy and Prosperity* die Annahme als Mythos, wirtschaftliche Entwicklung gehe von freien Unternehmen und Märkten oder von technologischen Schocks aus – zumal in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten. Im Einklang mit einer wachsenden Literatur in der Innovationsforschung argumentieren Iversen und Soskice, dass der Aufstieg der *knowledge economy* ein staatlich bedingter Prozess war und ist: „Capitalism was reinvented by democratically elected governments.“ (S. 143) Erst dank ihrer Bildungs-, Investitions- und Wettbewerbspolitik hätten es reiche Demokratien ermöglicht, dass sich technologische Erfindungen wie der Mikrochip zu Katalysatoren eines Wachstumsregimes entwickeln konnten. Für Leser*innen, die mit der neueren sozialwissenschaftlichen Innovationsforschung bekannt sind, sind diese Ausführungen wenig überraschend. Im Unterschied zu dieser Literatur legen Iversen und Soskice den Schwerpunkt allerdings nicht auf die eigentliche Innovationspolitik, etwa durch das US-Verteidigungsministerium, sondern auf makroökonomische *Policies*, deren kausaler Zusammenhang mit industriellem Wandel nicht ohne weiteres greifbar ist.¹ Wenn es wahr ist, dass Finanzialisierung Unternehmen in erster Linie zur Realisierung kurzfristiger Ergebnisse gedrängt hat, wie eine umfangreiche Forschungsliteratur dokumentiert, wären dann nicht weniger, statt mehr, Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erwarten? Auch läuft die Behauptung der Autoren, westliche Staaten hätten ihre wettbewerbspolitischen Regime seit den 1970er-Jahren verschärft (S. 153), auf das genaue Gegenteil des neueren ökonomischen, rechts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes hinaus (Robert Bork kritisierte einflussreich *over-*, nicht *underenforcement*.). Vergleicht man die Darstellung des Aufstiegs der *knowledge economy* in *Democracy and Prosperity* mit den *Varieties of Capitalism*, in denen ‚radikale Innovationen‘ – ganz im Stil der 1990er-Jahre – in ‚marktnäheren‘ Regimen entstanden, wirkt die jüngere Darstellung jetzt doch wesentlich wirklichkeitsnäher.

Ausgerüstet mit diesen Prämissen erarbeiten Iversen und Soskice Interpretationen von vier historischen Phasen, die zu ihrer Hauptthese einer symbiotischen Beziehung zwischen Demokratie und Kapitalismus passen. Was sie – anders formuliert – beschäftigt, ist die Entstehung kapitalistischer Demokratien und des Fordismus, das Aufkommen der *knowledge economy* und die rezente Konjunktur des Rechtspopulismus. Für sämtliche Zeiträume versuchen die Autoren zu zeigen, dass sich politisch potente,

klassenübergreifende Koalitionen zur Entwicklung und Stabilisierung des jeweiligen politisch-ökonomischen Regimes gebildet haben – stets zum Vorteil von Demokratie *und* Kapitalismus. Keines der Regime sei im Kern durch einen einfachen Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit geprägt, vielmehr spielten für alle Allianzen zwischen Eigentümer-, ausgebildeten Arbeiter- und aspirativen Schichten eine tragende Rolle.

Bei frühen Demokratisierungsprozessen etwa beobachten sie zwei typische Prozesse. In Ländern mit zersplitterten Arbeiterbewegungen hätten sich Koalitionen zwischen Arbeitern, der städtischen Mittelschicht und der industriellen Bourgeoisie gebildet, die elitengetriebene Demokratisierungsprozesse unterstützten – insbesondere zur Ausweitung akkumulationsdienlicher öffentlicher Güter wie Bildung und sanitäre Versorgung. Iversen und Soskice nennen diesen Demokratisierungspfad *protoliberal*, habe er doch zu majoritären Wahlsystemen und einem vergleichbar bescheidenen Ausbau des Wohlfahrtsstaats geführt. In Ländern mit besser organisierten Arbeiterbewegungen – genannt *protokorporatistisch* – wurde Demokratisierung tendenziell gegen die Interessen von Eliten durchgesetzt, was erkläre, dass sich hier umfassendere Umverteilungsinstitutionen und Systeme proportionaler Repräsentation durchsetzten.

Wie in der vergleichenden politischen Ökonomie üblich datieren die Autoren die Hochzeit schichten- und klassenübergreifender Allianzen auf den Fordismus. Er habe sich auf Koalitionen zwischen der Mittelschicht und der Arbeiterschaft gestützt sowie auf ein Arrangement zwischen großen produzierenden Unternehmen und einer gemäßigt umverteilenden Politik. Im Resultat sei es zudem zum Interessenausgleich zwischen „urbanen und ländlichen Räumen, zwischen großen und kleinen Städten und zwischen verschiedenen Vierteln in Städten“ gekommen (S. 108). Neukonfiguration klassenübergreifender Koalitionen in Reaktion auf technologischen Wandel und die Erschöpfung des fordistischen Wachstumsmodells. Seit den 1970er-Jahren hätten sich gut ausgebildete Schichten, urbane Räume und deren politische Repräsentanten nicht nur von der unteren Mittelschicht und der Unterschicht abgespalten, sondern auch von suburbanen und ländlichen Räumen. Auch wenn diese neuen Allianzen durchaus mehrheitsfähig *und* kapitalismuskonform seien, hätten sie populistischen Gegenbewegungen eine ungedeckte Flanke geboten. Insofern sei Populismus keine diesem Wachstumsregime inhärente Gefahr, sondern ein Problem, das mangelnde Inklusionspolitik verursache. Also könnte eine inklusivere Regional-, Bildungs- und Umverteilungspolitik rechtspopulistische Gegenbewegungen zurück in die Bedeutungslosigkeit verfrachten.

Breitbandausbau, *Coding Bootcamps*, *Bachelor Professional* und skandinavische *flexicurity*

also, statt „Aufstehen!“ Die Forderungen, die Abgehängten im neuen Wissenskapitalismus doch endlich bei ihrer ‚nachholenden‘ Modernisierung zu unterstützen, ist nicht wirklich neu. Doch legen Iversen und Soskice eine in gegenwärtigen Debatten eher seltener anzutreffende Zuversicht an den Tag, dass die Gewinner*innen der *knowledge economy* schon ein ausreichend aufgeklärtes Eigeninteresse entwickeln werden, weniger glückliche Gruppen ins Boot zu holen oder zu entschädigen. Und sie sind ebenso optimistisch, dass die Reparatur des gegenwärtigen Demokratischen Kapitalismus vor allem eine Frage des politischen Willens sei, dessen wirtschaftliche Früchte besser zu verteilen. So viel Optimismus setzt voraus, dass es gangbare Wege gibt, die Schieflagen der *knowledge economy* nachhaltig auszugleichen. Und es setzt voraus, dass sich populistische Gegenbewegungen tatsächlich aus einer primär materiellen Unzufriedenheit speisen. Faktisch stehen den von Iversen und Soskices ausgewählten regionalen Beispielen für eine erfolgreiche postindustrielle Restrukturierung mindestens ebenso viele Regionen gegenüber, in denen die seit Mitte der 1970er-Jahre unternommenen ‚großen Würfe‘ zur Abfederung der Flurschäden breitflächiger Deindustrialisierung gründlich gescheitert sind. Und was die Motivation rechtspopulistischer Bewegungen angeht, so sind den Autoren kulturelle Bruchlinien im gegenwärtigen Wissenskapitalismus durchaus nicht entgangen. Sollte es so sein, dass sich im neuen Rechtspopulismus signifikant nicht-wirtschaftliche Motive wie Xenophobie und die Sorge vor dem Verlust von gesellschaftlichem Status bündeln, wären Appelle an materielle Kompensation und kosmopolitische Inklusion allerdings wenig hilfreich.

Democracy and Prosperity **und die Kapitalismusdebatte**

Vieles, was sich an *Democracy and Prosperity* aus meiner Sicht kritisieren lässt, geht darauf zurück, dass Iversen und Soskice Anschluss an ausgesprochen heterogene Debatten und Fachtraditionen suchen. Dinge, die gewöhnlichen Soziopolis-Leser*innen eigentümlich realitätsfern erscheinen mögen, gehören zu den unausgesprochenen Annahmen der ökonomischen Demokratie- und Kapitalismusdebatte. Während die ökonomische Spielart der These von der Unverträglichkeit zwischen Demokratie und Kapitalismus in den kontinentaleuropäischen kritischen Sozialwissenschaften eher selten auftaucht, ist sie sowohl in der internationalen Diskussion als auch in politischen Auseinandersetzungen enorm einflussreich. Aus der Bezugnahme auf diese Debattenlandschaft erklärt sich, dass die Autoren ohne jede weitere Qualifizierung davon ausgehen, dass Innovationen durch verschärften Wettbewerb hervorgebracht werden, dass die neoliberalen Reformen der 1980er- und 1990er-Jahre unzweideutig nötig und wirtschaftlich sachgerecht waren und dass institutionelle Regime vor allem dann stabil sind, wenn sie wirtschaftlich

auskömmlich funktionieren. Der Ehrgeiz, nicht nur an sozialwissenschaftliche, sondern auch an ökonomische Debatten anzuschließen, hatte augenscheinlich bereits die *Varieties of Capitalism* geprägt. Und auch bei diesem mittlerweile klassischen Werk ist es fast zwanzig Jahre später keinesfalls ausgemacht, dass das eine gewinnbringende Strategie war.

So steht zu vermuten, dass *Democracy and Prosperity* in den Sozialwissenschaften auf strukturell ähnliche Kritik stoßen wird wie die *Varieties of Capitalism*. Teilweise scheinen die Autoren solche Reaktionen zu antizipieren. Passagen, die sehr ökonomisch-funktionalistisch klingen – in denen also recht unbedarft von der wirtschaftlichen Funktion gewisser Institutionen auf den Grund ihrer Durchsetzung geschlossen wird – enthalten ausführliche Bekenntnisse, dass besagte Durchsetzung letztendlich nur nach ausgiebigen Konflikten, irrationalen Handeln und politischen Experimenten geschehen sei. Am Ergebnis und der Erklärungslogik ändern solche Monita jedoch wenig. Gemessen daran, dass Iversen und Soskice ein Modell zum Verständnis von 150 Jahren politisch ökonomischer Geschichte über die gesamte OECD-Welt hinweg entwerfen, passen die Dinge in ihrem Entwurf verdächtig gut zusammen. Ein und dieselbe Entwicklungslogik im Großbritannien des frühen 20. und in den USA des frühen 21. Jahrhunderts? Da werden kritische Einsprüche wohl nicht lange auf sich warten lassen. Würde es *Democracy and Prosperity* allerdings gelingen, eine ähnlich lebhafte Debatte wie die Publikation von *Varieties of Capitalism* anzustoßen, dürften sich seine Zuspitzungen und Überpointierungen mehr als gelohnt haben.

Begreift man *Democracy and Prosperity* in diesem Sinn als argumentativen Steinbruch für zukünftige empirische Forschung – statt als letztes Wort in der offenen Debatte zum Demokratischen Kapitalismus – wird das Potenzial des Buches deutlich.

Endnoten

1. Einen guten Einstieg in die neuere sozialwissenschaftliche Forschung zur Innovationspolitik bieten der 2011 von Matthew Keller und Fred Block herausgegebene Sammelband *State of Innovation, The U.S. Government's Role in Technology Development* sowie die 2013 erschienene Monografie von Mariana Mazzucato, *The Entrepreneurial State, Debunking Public vs. Private Sector Myths*.

Timur Ergen

Timur Ergen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören der Wandel von Energiesystemen sowie Innovationsprozesse, die Entwicklung postindustrieller Gesellschaften und das Wettbewerbsrecht.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Martin Bauer.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/crisis-what-crisis.html>